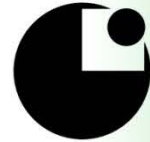


**Oswald von Nell-Breuning Institut  
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224  
60599 Frankfurt/Main, Germany  
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559  
eMail: [nbi@sankt-georgen.de](mailto:nbi@sankt-georgen.de)  
web: [www.sankt-georgen.de/nbi](http://www.sankt-georgen.de/nbi)



**Friedhelm Hengsbach SJ**

**Soll der Streit darüber, wer in Deutschland  
arm ist, die Bekämpfung der Armut  
ablösen?**

In: Aachener Nachrichten, November 2015

Vier Armuts- und Reichtumsberichte sind von wechselnden Regierungen seit 2001 vorgelegt worden. Allerdings geschah dies in unregelmäßigen Abständen. Und einer nüchternen Diagnose der Armutslagen folgte ein verklärender Blick auf die politischen Maßnahmen der jeweiligen Regierung, wie sie die Armut bekämpft. Diese Lücken füllen die jährlichen Armutsberichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus. Dieser hat 2015 einen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland unter dem Titel veröffentlicht: „Die zerklüftete Republik“.

Warum haben einige überregionale Zeitungen und Magazine in einer ungewöhnlich aggressiven Form darauf reagiert? Und warum hat Georg Cremer, der Professor aus Freiburg und Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, auf einer ganzen Seite der FAZ die „Alarmmeldung“ und die „Unstatistik des Monats“ des Partner-Verbandes so massiv kritisiert?

Der Hauptvorwurf besteht darin, dass die Armutsdiagnose sich an einem Begriff orientiert, der europaweit gilt, nämlich der Armutsgefährdung, das sind 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens. Dieser Maßstab skandalisiere das Armutsproblem und verfehle die Faktenlage. Ein Armutsrisiko in Deutschland sei nicht wirkliche Armut. Im Jahr 2015 sprengt es jeden Vergleich mit der Zeit nach dem Krieg oder mit der Situation etwa in Schwarzafrika. Wer einmal arm ist, sei ja nicht immer arm. Die Armutsrisikoschwelle liege höher als die Bedarfsschwelle der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit steigendem Wohlstand der ganzen Gesellschaft wachse automatisch die Menge der Armen. Die regionale Ungleichheit dürfe nicht pauschal, sondern müsse nach der Kaufkraft und den Kosten der Lebenshaltung, nach Städten und ländlichem Raum ausdifferenziert werden. Das Armutsrisiko lasse sich auch nicht isoliert von spezifischen arbeits- und sozialpoli-

tischen Leistungen betrachten, wodurch verdeckte Armut in bekämpfte Armut überführt wird.

Gegen solche oft gehörten Einwände haben sich vier Armutswissenschaftler unter der Regie von Ulrich Schneider, dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zur Wehr gesetzt. „Kampf um die Armut“ lautet der Titel des Buches, an dem Christoph Butterwegge, Friedhelm Hengsbach SJ, Rudolf Martens und Stefan Sell mitgeschrieben haben.

Hinter der Kritik der relativen Einkommensarmut verbirgt sich die Absicht, zu einem Armutsbegriff mit „veterinärmedizinischen“ Merkmalen zurückzukehren. Nur dann, wenn Menschen obdachlos sind und hungern, wenn sie in den Fußgängerzonen betteln und in Mülltonnen nach Essensresten oder Pfandflaschen suchen, sollen sie als arm gelten. Armut in einem Land wie Deutschland ist jedoch mit Scham verbunden, am gesellschaftlichen Leben nicht mehr aktiv beteiligt zu sein. Soll etwa die Armut der Flüchtlinge veranschaulichen, dass es in Deutschland eine Armut wie in Kalkutta nicht gibt?

Armut in Deutschland bildet das eine Extrem auf einer Skala wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Polarisierung. Das andere Extrem wird durch exklusiven Reichtum dargestellt. Sowohl Armut als auch Reichtum sollten Gegenstand einer politischen Debatte sein. Denn beide sind politisch gemacht. Armut ist verursacht durch entregelte Arbeitsverhältnisse und demolierte solidarische Sicherungssysteme auf Grund der Agenda 2010; privaten Reichtum hat eine Finanz- und Steuerpolitik zugunsten so genannter Leistungsträger aufgetürmt.

Im Gegensatz zu deutschen Ökonomen, die noch einer marktradikalen wirtschaftsliberalen Legende nachträumen, hat im angelsächsischen Raum (OECD, IWF und Weltbank) ein Wechsel der Denkmuster stattgefunden: Wachsende soziale Ungleichheit und Polarisierung schaden der innovativen Dynamik einer Gesellschaft. In den USA und in Großbritannien sind zivile Bewegungen entstanden, die Mindestlöhne fordern, welche ein menschenwürdiges Leben auf Dauer gewährleisten.

Die zivilen Initiativen einer „Vertafelung“ der deutschen Gesellschaft waren ursprünglich auf die Notlage Obdachloser ausgerichtet. Inzwischen sind sie zu einem Paralleluniversum gewuchert, das vorwiegend Langzeitarbeitslose, Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende langfristig bedient. Sie expandieren synchron zum Anstieg der Armutsquote - als eine sanfte Rebellion der Barmherzigkeit gegen einen Sozialstaat, der sich vom Leitbild der Gerechtigkeit entfernt hat und das Recht Bedürftiger auf ein Leben in Würde nicht mehr einlöst. Dass die Armutsquoten zunehmen, während die Wirtschaft, der Exportüberschuss und die Beschäftigung steigen, ist ein deutsches Paradoxon.

Im Kampf gegen die Armut schlagen die Autoren vor: ein breites Bündnis der Wohlfahrtsverbände als Anwälte der Armen; ein solidarisches, umlagefinanziertes Sicherungssystem, das alle Personen und Einkünfte im Geltungsbereich der Verfassung einschließt; eine armutsfeste Grundsicherung nach einer massiven Erhöhung der Regelsätze; eine offensive Beschäftigungspolitik, die wirtschaftliche und öko-soziale Ziele verfolgt; ein Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, zwischen Industriearbeit und sozialen Diensten, zwischen privaten und öffentlichen Haushalten; steuerliche Entlastung des Arbeitsvermögens und progressive Belastung des Kapitalvermögens; Belebung des sozialen Wohnungs-

baus; Festigung der Tarifautonomie durch eine gesetzliche Verankerung der Tarifbindung; gleiche Startchancen junger Menschen für alle Bildungswege unabhängig vom Elternhaus. In einer solchen Gesellschaft, die der fairen Verteilung des kollektiv erarbeiteten Reichtums den Vorrang einräumt vor einem ziellosen, umwelt- und sozialschädlichen Wirtschaftswachstum möchte die Mehrheit der Bevölkerung wohl leben.

*Friedhelm Hengsbach SJ, Aachener Nachrichten, 27.11.2015.*